

# Einwohnerrat Pratteln

## Protokoll Nr. 331

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. März 2004, 19.00 Uhr  
in der Aula Fröschmatt II

---

Anwesend	36	Einwohnerrats-Mitglieder
	7	Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Florian Reischenböck, Christine von Arx, Mike Wahli, Maya Wittwer	
Vorsitz	Aldo Pavan	
Protokoll	Bruno Helfenberger	
Weibeldienst	Hansueli Schwob	

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation von Ruedi Brassel betreffend „Pratteln ohne Zu(g)kunft ?	2310
2.	Interpellation von Philipp Schoch betr. „Flugzug“	2265
3.	Liberalisierung der Feuerungskontrolle / Reglement über die Oel- und Gasfeuerungskontrolle, 2. Lesung	2297
4.	Interpellation von Stefan Löw betr. „Sozialhilfebeiträge 2003/2004“	2298
5.	Interpellation von Heinz Mattmüller betr. „Verbot einer Schweizerfahne beim Käferhuus“	2299
6.	Postulat von Stephan Ackermann betr. „Dorf-Image“	2266
7.	Interpellation von Dora Ris betr. „GSM-R Betriebsfunk-Antennen-Anlage der SBB“	2275
8.	Interpellation von Petra Ramseier betr. „Antenne für Bahn-Mobilfunk in Pratteln“	2276
9.	Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Wohnung im Schloss“	2278
10.	Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Abfallreglement“	2285
11.	Interpellation von Ruedi Brassel betr. „Nachtruhestörung im Schichtbetrieb“	2295
12.	Postulat von Olga Aeberhard betr. „Wiedereinführung der Steuerveranlagung durch die Gemeinde Pratteln“	2268
13.	Interpellation von Dora Ris betreffend „Absteckung für Leitungsführung“	2274

#### 14. Fragestunde (nach der Pause)

---

##### **Neue persönliche Vorstösse:**

- Interpellation von Erika Schaub, Urs Hess und Christian Schäublin betreffend „Erpressung, Drohungen und Gewalt von Banden in Pratteln“
  - Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Verwalter“
- 

### **Geschäft Nr. 2310**

### **Dringliche Interpellation von Ruedi Brassel betreffend „Pratteln ohne Zu(g)kunft ?**

#### Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation vom 22. März 2004

://: Der Rat stimmt mit 35 Stimmen und 1 Enthaltung der Dringlichkeit der Interpellation zu.

**GP Willy Schneider:** Zu den Fragen 1 und 2: 28 Angestellte der Firma Bombardier und 4 Angestellte von Fremdfirmen wohnen in Pratteln. Gemäss Auskunft der Wirtschaftskammer sind in der Region zirka 200 Personen betroffen. Wie viele Ausbildungsplätze gehen durch diese Betriebsschliessung verloren ? Zur Zeit sind 19 Lehrlinge angestellt. Diese Ausbildungsplätze werden Ende 2004, Anfang 2005 verloren gehen. Dabei ist das Weiterbestehen der Lerncenter in der heutigen Form wichtig, damit man neue Plätze bei metallverarbeitenden Firmen finden kann. Bombardier sichert ihre Unterstützung in dieser Übergangszeit zu. Kann das ABB-Lerncenter erhalten werden ? Der richtige Name lautet Lernzentren LFW (Lehrlinge für die Wirtschaft). Das soll erhalten bleiben unter der Bedingung, dass Firmen gefunden werden, welche die Lehrlinge aufnehmen. Behörden und die Wirtschaftsverbände werden gebeten, dabei mitzuhelfen. Diese schreiben: „Wir wollen keine Subventionen sondern Hilfe bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern der Lernzentren LFW.“ Zur Frage 5: Über den Steuerausfall kann man öffentlich keine Zahlen bekannt geben. Wie hoch ist der volkswirtschaftliche Verlust einzuschätzen ? Diese Frage kann im Moment nicht beantwortet werden. Eine Beantwortung durch die Task-Force ist aber nicht ausgeschlossen. Wann und durch wen hat der Gemeinderat von der beabsichtigten Schliessung erfahren ? Anlässlich einer Sitzung in der kantonalen Verwaltung habe ich vernommen, dass um 12.00 Uhr ein Pressemitteilung der Firma Bombardier veröffentlicht wird. Die Informationen haben wir via Pressemitteilung erhalten. Zur Frage 8: Nein. Aufgrund der Presseartikel über die Vergabe von Grossaufträgen der SBB an andere Anbieter ist eine gewisse Angst aufgekommen und man musste um das Werk in Pratteln bangen. Zur Frage 9: Der Geschäftsleiter der Firma Bombardier Schweiz, Herr Ruckstuhl, hat mit mir Kontakt aufgenommen. Es ist eine Tatsache, dass das Werk ab 2005 keine Arbeit mehr hat. Überlegungen hätten vorher gemacht werden müssen. Im Zeitalter der Liberalisierung werden Aufträge auch an das Ausland vergeben und dies hat Konsequenzen für den Fabrikstandort in Pratteln. Zur Frage 10: Ja. Immerhin hat die Task-Force damals mitgeholfen, dass ein anderer grosser „global-player“ den Adtranzbetrieb übernommen und Dank Grossaufträgen für fünf Jahre weiter bestanden hat. Hat der Gemeinderat die Baselbieter Regierung aufgefordert, eine Task-Force einzurichten ? Nein. Dies wurde bereits vom Landrat

und der Wirtschaftskammer verlangt. Ist der Gemeinderat bereit, in der Task-Force mitzuwirken ? Die Antwort ist Ja. Zur Frage 13: Wir befinden uns in einem grossen Umstrukturierungsprozess. Produktionsbetriebe werden zu Dienstleistungsbetrieben. Der Gemeinderat ist immer bestrebt, wenn immer möglich, neue Betriebe in Pratteln anzusiedeln. Die Perspektiven sind in einzelnen Branchen nicht gut. Wir müssen uns alle Gedanken machen, wie das mittelfristig weitergehen soll.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

**Ruedi Brassel:** Ich bin teilweise mit der Beantwortung zufrieden und bedanke mich dafür. Es bleibt eine Unzufriedenheit bestehen. Einerseits mit der ganzen Situation, andererseits zeigt das Votum des Gemeindepräsidenten zu wenig Einsatz und es tönt sehr resignierend. Ich habe die Task-Force von 1999 bewusst erwähnt. In der damaligen Situation hat das Zusammenwirken von Unternehmen, Betriebsleitung, der Belegschaft, der Gewerkschaft, Regierung, Gewerbevertreter, Bundesbehörden und SBB dazu geführt, dass neue Wege gefunden wurden. Erschreckend ist nicht nur der Schliessungsentscheid, sondern die Tatsache, dass man von den Problemen bei der Auftragslage gewusst hat. Man hat beim Kanton und in der Gemeinde die Hände in den Schooss gelegt. Das ist nicht die Lehre aus dem Jahre 1999 und entspricht nicht der industriellen Substanz und dem know-how im Werk Bombardier in Pratteln. Es entspricht noch weniger der Bedeutung der Tradition in der Rollmaterialindustrie in unserer Region. Es lohnt sich hin zu stehen, ohne viel zu versprechen. Man muss versuchen, Strategien betreffend Kooperationen und Allianzmodelle zu entwickeln, die in der Konzernleitung zu wenig bedacht wurden. Die öffentliche Hand muss mit-helfen, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten. Ich bin froh, dass der Gemeinderat in der Task-Force mitarbeiten und die nötigen Impulse geben wird.

**GP Willy Schneider:** Alle müssen sich von diesem Schock erholen. Hilfe aus Kanada oder Berlin können wir keine erwarten. Aber jetzt müssen wir uns zusammen raufen, damit das Werk weiter beschäftigt werden kann. Es ist durchaus möglich, dass in den bestehenden Werkhallen in Zukunft andere Aktivitäten stattfinden. Alle, die das beeinflussen können müssen zusammensitzen, um eine neue sinnvolle Nutzung zu finden.

---

## Resolution

## Zur Schliessung des Bombardier Werks in Pratteln

://: Mit grossem Mehr wird Eintreten beschlossen.

://: Der Rat verabschiedet einstimmig folgenden Resolutionstext:

Mit Bestürzung hat der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen, dass die Bombardier-Konzernleitung ihren Produktionsbetrieb in Pratteln auf Ende des Jahres 2005 schliessen will. Rund 580 Arbeitsplätze gehen dadurch verloren. Betroffen wären aber auch weitere Arbeitsplätze in Zulieferfirmen der Region. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den betroffenen Familien, die mit dieser Hiobsbotschaft konfrontiert wurden, drückt der Einwohnerrat seine Solidarität aus.

Die Erfahrungen, die in Pratteln mit der beabsichtigten Schliessung der ADtranz vor vier Jahren gemacht worden sind, haben gezeigt, dass Bemühungen, nach Alternativen zu suchen, durchaus eine Chance haben können. In diesem Sinne begrüsst der Einwohnerrat Pratteln die Bildung einer Task Force und er fordert den Gemeinderat sowie die Behörden in Bund und Kanton und insbesondere die Nachfrager von Schienenfahrzeugen auf, darin aktiv und innovativ mitzuwirken.

Der Einwohnerrat appelliert zudem an die Firmenleitung, Alternativen zur Schliessung zu suchen, Kooperations- und Allianzmodelle offen zu prüfen und darauf hin zu wirken, dass möglichst viele der bestehenden Arbeitsplätze gerettet werden können. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht weiter beschäftigt werden können, muss ein umfassender Sozialplan und die notwendige Unterstützung bei der Stellensuche gewährleistet werden.

---

## **Geschäft Nr. 2265**

## **Interpellation von Philipp Schoch betr. „Flugzug“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 25. August 2003

**GR Felix Knöpfel:** In einigen Wochen wird der Fahrplan erscheinen und wir werden sehen, was geändert werden muss. Frage 1: Offiziell wurden wir durch das Amt für Raumplanung am 8. Dezember 2003 informiert. Von Seiten der SBB haben wir noch nichts gehört. Zur Frage 2: Wir haben mit Frau Regierungsrätin Schneider Kontakt aufgenommen. Wir haben auch eine Petition lanciert. Im weiteren werden wir morgen einen Brief an den Regierungsrat richten und gleichzeitig eine Pressemitteilung veröffentlichen, wo wir uns vehement für den Flugzughalt in Pratteln einsetzen werden. Zur Frage 3: Das Amt für Raumplanung spricht von einem Schnellzug pro Tag, den sie als Kompensation einsetzen wollen. Es wird kaum Alternativen geben. Darum müssen wir für den Flugzug kämpfen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

**Philipp Schoch:** Der Gemeinderat tut sich schwer mit vielen SBB-Vorhaben. Vor allem der zuständige Departementchef ist bei Bahnsachen zu passiv. Beim Umbau des Bahnhofs war man zu lange untätig und auch der Bau der Lärmschutzwände wird nicht über die ganze Strecke realisiert. Der Gemeinderat hat sich zu wenig für die belasteten Anwohner eingesetzt. Beim Flugzug wurde erst in letzter Minute eine schwache Massnahme eingeleitet. Wir müssen für den Flugzug kämpfen und der Gemeinderat muss beim Regierungsrat dringend vorstellig werden. Bei der Vernehmlassung zum Fahrplan können alle mitmachen. Der Regierungsrat hat bereits durchblicken lassen, dass er die Forderung von Pratteln nicht unterstützen wird. Für den Wirtschaftsstandort sind gute ÖV-Verbindungen entscheidend und werden neue Firmen nach Pratteln locken. Es ist nicht im Interesse des Baselbiets, wenn der Flugzug in Frick hält. Ich bitte um ein starkes Engagement, damit der Zug nicht endgültig abfährt.

**Werner Graber:** Schon im August 2003 haben die Spatzen von den Dächern gepfiffen, dass der Halt in Pratteln gestrichen wird. Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Berner Schnellzug in Liestal nicht mehr halten wird. Die Behörden von Liestal haben alles unternommen, dass Liestal wieder eine Direktverbindung erhält. In Pratteln ist seither nichts passiert.

**Rudolf Meury:** Der Gemeinderat hat eine absolute Fehlleistung geboten. Jetzt will man in letzter Minute etwas unternehmen.

**GR Felix Knöpfel:** Ich kann nicht jedesmal aktiv werden, wenn die Presse etwas meldet. Es ist nicht zu spät und die Vorwürfe können Sie dann anbringen, wenn der Flugzug tatsächlich nicht mehr in Pratteln hält.

---

## Geschäft Nr. 2297

## Liberalisierung der Feuerungskontrolle / Reglement über die Oel- und Gasfeuerungskontrolle, 2. Lesung

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Dezember 2003

### 2. Lesung

#### § 4

**GR Felix Knöpfel** zieht seinen ursprünglichen Ergänzungstrag zum Absatz 3 nach kurzer Diskussion zurück.

#### § 9, Abs. 2 und 3

**Heinz Schiltknecht** beantragt folgende Formulierung: „Die Gemeinde berechnet den Servicefirmen oder Dritten für die von ihnen gemessenen Anlagen eine kostendeckende Gebühr zur Deckung ihres gesamten Aufwands (inkl. den Kosten für die Stichprobenmessungen). Der Gemeinderat legt diese Gebühr in einer Verordnung fest.“ Absatz 3 ist zu streichen. Im alten Reglement war das klar geregelt und die gesamten Kosten für die Kontrolle werden umgelegt. Bei der vorliegenden Formulierung zahlt plötzlich die Gemeinde einen Teil der Kontrollen und nicht alle Kosten werden umgelegt. Liberalisierung kann nicht heissen, dass die Gemeinde Kosten übernehmen muss.

**Erika Schaub:** Der Zusatz „inkl. den Kosten für die Stichprobenmessungen“ finde ich nicht gerecht. Wenn jemand die Werte überschreitet, dann soll er bestraft werden. Das ist eine versteckte Gebühr, die alle bezahlen müssen, auch wenn sie die Auflagen erfüllen.

Nach kurzer Diskussion wird der Passus „inkl. den Kosten für die Stichprobenmessungen“ im Antrag gestrichen und **Heinz Schiltknecht** zieht den Streichungsantrag betreffend Absatz 3 zurück.

### Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: § 9 Abs. 2 lautet neu: „Die Gemeinde berechnet den Servicefirmen oder Dritten für die von ihnen gemessenen Anlagen eine kostendeckende Gebühr zur Deckung ihres gesamten Aufwands. Der Gemeinderat legt diese Gebühr in einer Verordnung fest.“

://: § 9 Abs. 3 lautet neu: „Werden bei einer Stichprobenmessung die Grenzwerte überschritten, so gehen die Kosten zu Lasten der Anlagebesitzer oder dem –besitzer.“

#### § 13

Der Paragraph lautet nach der 1. Lesung wie folgt: „Das Reglement vom 24. Juni 1996 über die Kontrolle der Feuerungen wird aufgehoben.“

## Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Reglement über die Oel- und Gasfeuerungskontrolle wird mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen genehmigt.

---

## **Geschäft Nr. 2298**

## **Interpellation von Stefan Löw betr. „Sozialhilfebeiträge 2003/2004“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 7. Dezember 2003

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Zur Frage 1: Beim Mass und Umfang der Sozialhilfebeiträge kann der Gemeinderat keinen Einfluss nehmen. Das ist Sache der Sozialhilfebehörde und diese handelt im Rahmen des Sozialhilfegesetzes. Zur Frage 2: Der Gemeinderat ist beim KSA nicht vorstellig geworden. Wir können die Bevölkerung nicht „austauschen“. Die Leute wohnen hier und haben Anspruch auf Sozialhilfe. Im Verhältnis zu anderen Gemeinden haben wir eine sehr hohe Zahl von Arbeitslosen. Der Beginn der heutigen Sitzung hat gezeigt, dass es sehr schwierig ist, auf die Arbeitsplätze Einfluss zu nehmen. Zur Frage 3: Es stimmt, dass es Leute gibt, die zu unrecht Sozialhilfebeiträge beziehen. Das wird nicht toleriert und wenn wir das feststellen, wird die Leistung sofort eingestellt, die Beiträge zurück gefordert und allenfalls eine Strafanzeige eingereicht. Vor allem werden Kürzungen verfügt. Zur Frage 4: Wir haben seit längerem strukturelle Mängel, welche vor allem in der Organisation der Sozialhilfe auftreten. Anfang 2003 wurde eine Analyse eingeleitet und wir sind in der Umsetzungsphase. Das grösste Problem ist die enorme Zunahme von Sozialhilfefällen.

**GR Max Hippenmeyer:** Zur Frage 5: Das ist in der Tat ein grosses Problem und wir haben in den letzten Jahren grosse Sparanstrengungen unternommen, die an die Grenze des zumutbaren gehen. Ich stelle fest, dass langsam das „Ende der Fahnenstange erreicht ist“. Die Bevölkerung ist nicht gewillt auf alles zu verzichten, nur um auf der anderen Seite die steigenden Sozialhilfekosten zu haben. Mit der erwähnten Strukturanalyse sind wir auf gutem Weg.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

**Stefan Löw:** Im Bezug auf die Frage 1 ist die Dringlichkeit nach wie vor gegeben. Ich appelliere an den Gemeinderat und im speziellen an die zuständige Departementsvorsteherin, dass man beim Kanton vorstellig wird und auf die vielschichtige Problematik unserer Gemeinde hinweist. Über gesetzliche Bestimmungen muss diskutiert werden. Unsere Landräte sind gefordert, in dieser Beziehung im Kanton etwas zu unternehmen. Missbrauch ist nicht absolut auszuschliessen, muss aber rigoros unterbunden und mit Sanktionen bekämpft werden. Betreffend der Strukturanalyse erwarte ich mehr Informationen über den Stand der Arbeiten.

**Ruedi Brassel:** Die Lösungsebene liegt einerseits bei den eidgenössischen gesetzlichen Vorgaben und andererseits beim kantonalen Finanzausgleich. Der Kanton hat einen Sozialindex eingeführt. Das Hauptproblem liegt aber bei der ungleichen Besteuerung innerhalb des Kantons. Die Stichworte sind: Steuerhoheit und Gemeindeautonomie mit unterschiedlichen Steuerfüssen. Die bürgerliche Seite muss bereit

sein, die „heilige Kuh der Steuerhoheit“ anzutasten und etwas zu ändern. Diese Steuerkonkurrenz zwischen den Gemeinden führt Pratteln in den Ruin.

---

## **Geschäft Nr. 2299**

## **Interpellation von Heinz Mattmüller betr. „Verbot einer Schweizerfahne beim Käferhuus“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 8. Dezember 2003

**GP Willy Schneider:** Endlich können wir die Fahne hissen. Diese Interpellation ist ja nur interessant, weil da steht „Verbot einer Schweizerfahne“ und „auf Drängen ausländischer Eltern“. Beides stimmt so nicht und macht den Vorstoss plötzlich uninteressant. Tatsache ist, dass der Fahnenmasten ersetzt worden ist und ein Mitarbeiter der Gemeinde eine selbst gekaufte Schweizerfahne gehisst hat. Im gleichen Moment hat die Krippenleiterin den Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass am Mast jeweils nur die Chäferhuus-Fahne hängt. Darauf wurde die Schweizerfahne herunter geholt und die Chäferhuus-Fahne gehisst. Es sind nie fremde Leute dabei gewesen und niemand hat verlangt, eine Fahne zu entfernen. Inzwischen wehen beide Fahnen am Masten.

**Heinz Mattmüller** bedankt sich für die Antwort.

---

## **Fragestunde**

## **1. Frage von Stefan Löw betreffend „Dorfturnhalle“**

**GP Willy Schneider:** Frage 1: Die Retusch-Kommission hat ihre Arbeit abgeschlossen. Frage 2: Das ist im April oder Mai vorgesehen. Frage 3: Die Suche nach einer Kostenreduktion hat eine gewisse Zeit in Anspruch genommen. Frage 4: Es hat kein Grund bestanden, den Einwohnerrat oder die Bevölkerung zwischenzeitlich zu informieren. Die Projektierung hat seinen normalen Verlauf genommen und es sind keine Änderungen vorgenommen worden, die eine solche Information bedingt hätte.

**Stefan Löw:** Die Kostenvorgabe hat ja bestanden. Die Verzögerung ist damit nicht begründbar.

**GP Willy Schneider:** Die benötigten Finanzen waren noch nicht bereit. Mit dem Verkauf von nicht benötigten Gemeindeligenschaften sind wir nun soweit.

---

## **2. Frage von Stefan Löw betreffend „Totalrevision DGFR“**

**Stefan Löw:** Ich wurde mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass ich diese Frage an das Büro hätte richten müssen. Dies gilt auch für die nächste Frage.

**GR Max Hippenmeyer:** Das Geschäft wird im Einwohnerrat traktandiert sobald der Bericht der Spezialkommission vorliegt. Am 26. August 2002 wurde das Geschäft an die Spezialkommission überwiesen, nachdem der Gemeinderat die Vorlage bereits im Frühjahr verabschiedet hat.

**ER-Präsident Aldo Pavan:** Nach Auskunft von Urs Hess wird das Geschäft im April traktandiert.

---

### 3. Frage von Stefan Löw betreffend „Totalrevision Friedhofreglement“

**GR Denise Stöckli:** Es liegt seit Dezember 2003 ein Bericht der Spezialkommission vor. Die Verwaltung hat eine Stellungnahme zu Händen des Gemeinderates verfasst. Der Gemeinderat wird beides anlässlich der Sitzung von morgen beraten. Das Geschäft wird an einer der nächsten Sitzungen traktandiert. Zur Frage 3: Ich gehe davon aus, dass die Kommission sehr sorgfältig und rund 10 Monate daran gearbeitet hat.

**Ruedi Brassel** beantragt, dass Heinz Schiltknecht als Präsident der Kommission die Fragen beantwortet.

**Heinz Schiltknecht:** Der Gemeinderat beantwortet hier Fragen, wo er gar keine Ahnung hat. Das geht nicht an. Berichte von Spezialkommissionen gehen an das Büro und nicht an den Gemeinderat.

---

### 4. Frage von Erika Schaub betreffend „Vorkommnisse an der Fasnacht“

**GR Rolf Wehrli:** Es gibt hier nichts zu beschönigen und der Gemeinderat ist besorgt und bestürzt über die Entwicklung in der Vergangenheit mit zum Teil grotesken Auswirkungen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch allen Geschädigten das Bedauern zum Ausdruck bringen. Der Gemeinderat wird morgen einen umfassenden Bericht beraten und entsprechende Beschlüsse fassen. Ich bitte deshalb den Einwohnerrat um Geduld, wenn wir erst nach der Beratung dieses Berichts konkrete Antworten geben können. Der Gemeinderat wird und muss handeln. Wir werden Massnahmen ergreifen, welche vernünftig und rechtstaatlich durchsetzbar sind. Leute, die für solche Vorkommnisse verantwortlich zeichnen müssen merken, dass wir das nicht tolerieren. Die Massnahmen müssen mit den anderen Instanzen und allen Beteiligten koordiniert werden. „Schnellschüsse“ sind zu vermeiden.

**Erika Schaub:** Ich akzeptiere die gemachten Äusserungen. Mich befremden die Vorkommnisse. Ist es wahr, dass man dem Hauptbeteiligten an diversen Straftaten im letzten Jahr einen bezahlten Auftritt anlässlich der kommunalen Ehrungen gewährt hat ?

**GR Beat Stingelin:** Erika Schaub spricht die Breakdancers an. Es ist tatsächlich so, dass die besagte Person anwesend war, von unserer Seite jedoch nicht eingeladen worden ist. Die Breakdancers haben eine tolle show geboten. Im nachhinein hat es

mit dieser Person, die sich in die Gruppe „hineingezwängt“ hat, Probleme gegeben. Weder der Gemeinderat noch Herr Thomas Würgler hatten davon Kenntnis. Schon damals haben wir versucht, etwas gegen diese Person zu unternehmen, sind aber nicht weitergekommen. Eigenartigerweise tritt diese Person vordergründig im sehr freundlich auf, im Hintergrund dürfte aber er die „Fäden ziehen“.

---

## **Geschäft Nr. 2266**

## **Postulat von Stephan Ackermann betr. „Dorf-Image“**

### Aktenhinweis:

- Postulat vom 25. August 2003

**GR Denise Stöckli:** Die Hinweisschilder in Form von Holzhäuschen an den Einfahrtstrassen von Pratteln stammen vom Dorffest und sollen stehen bleiben. Das Aufstellen von Informationstafeln in den Gebieten der Einkaufszentren hat der Gemeinderat bereits in die Wege geleitet und den Auftrag an eine Firma vergeben. Die Anliegen im Postulat sind bereits erfüllt.

://: Stephan Ackermann zieht das Postulat zurück.

---

## **Geschäft Nr. 2275/2276**

## **Interpellation von Dora Ris betr. „GSM-R Betriebsfunk-Antennen- Anlage der SBB“ und Interpellation von Petra Ramseier betr. „Antenne für Bahn-Mobilfunk in Pratteln“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2275 vom 20. September 2003 und Nr. 2276 vom 22. September 2003

**ER-Präsident Aldo Pavan** schlägt vor, die beiden Vorstösse zusammen zu behandeln.

**GP Willy Schneider:** Für Baugesuche auf dem SBB-Areal ist der Bund zuständig. Weder das Bauinspektorat noch die Gemeinde werden damit konfrontiert. Das Lufthygieneamt hat bestätigt, dass noch kein Gesuch eingetroffen ist und das Amt bis anhin auch noch nie ein solches Gesuch geprüft hat. Dies soll sich ändern. Es ist interessant, dass die Öffentlichkeit über die Installation einer Antenne informiert ist, die Behörden aber nichts davon wissen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme Diskussion.

**Petra Ramseier:** Wird bei einem Vernehmlassungsverfahren die Bevölkerung Kenntnis davon nehmen können? Man kann auch neben dem offiziellen Verfahren von Seiten der Gemeinde aktiv werden. Gibt es eine Koordination zwischen SBB und Privatanbietern? Stichwort: Strahlungsüberlagerungen.

**GP Willy Schneider:** Die Gemeinde und das Bauinspektorat werden nicht involviert und leider weiss auch beim Kanton niemand, wie das Vorgehen ist. Wenn das Bauvorhaben offiziell wird, dann werden wir sehen was zu tun ist. Eine Überlagerung wird kaum der Fall sein, da die SBB entlang den Bahnlinien mit der Richtstrahltechnik operiert.

**Petra Ramseier:** Ich bitte den Gemeinderat, sich beim Bund zu erkundigen.

**Dora Ris:** Wie viele Mobilfunkantennen haben wir in Pratteln total ?

**GP Willy Schneider:** Hier geht es um SBB-Betriebsfunkantennen. Die anderen Antennen-Standorte können auf der Verwaltung eingesehen werden.

---

## Geschäft Nr. 2278

## Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Wohnung im Schloss“

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 22. September 2003

**GR Felix Knöpfel:** Der Einwohnerrat hat vor einem Jahr die geplanten Ausstellungsräume im Schloss mit einem Zufallsmehr abgelehnt. Die Kulturkommission hat beim Gemeinderat den Antrag gestellt, das Schloss bis auf weiteres nicht zu vermieten. Es handelt sich um vier Zimmer und das bedeutet, dass mehrere Personen dort wohnen könnten. Die Küche und das Bad sind jedoch nicht mehr „zeitgemäss“. Der ehemalige Bewohner, Herr Gruber, bezahlte rund CHF 6'000.— Miete pro Jahr. Im Schloss finden verschiedene Aktivitäten statt (Wöchentliche Sitzungen Gemeinde- und Bürgerrat, Friedensrichteramt, Mütter- und Väterberatung, vermehrte Nutzung des Rittersaals, Ausstellungen etc.) und aus diesem Grund möchten wir die Wohnung nicht mehr vermieten.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

**Heinz Schiltknecht:** Es erstaunt doch, dass die Kulturkommission einen solchen Antrag stellen kann. Das Argument mit den Nutzungen kann es nicht sein. Ich kann mir vorstellen, dass der Mietpreis durchaus höher sein kann. Mir ist bekannt, dass jemand an der Wohnung Interesse gehabt hat. Die offenen Fragen bleiben und es gibt keinen Grund, die Wohnung nicht zu vermieten.

**Kurt Lanz:** Ich habe im Einwohnerrat gesagt, dass jemand die Wohnung im jetzigen Zustand mieten wollte. CHF 6'000.— haben oder nicht haben sind CHF 12'000.—.

**Urs Hess:** Meine kleine Anfrage geht in die gleiche Richtung. Es erstaunt dabei, dass mir der Gemeinderat schriftlich mitteilt, dass er nicht auf die Anfrage eintreten wird. Ich bin aber einverstanden, wenn die Beantwortung mit dem heutigen Geschäft erfolgt.

**Walter Biegger:** Für mich ist klar, dass die Wohnung nicht mehr vermietet werden kann. Das würde zwangsläufig zu Friktionen führen. Wir werden keinen Mieter mehr finden, der so ideal passt wie der damalige Mieter. Ist dem Gemeinderat bewusst, dass ganze Ausstellungen mit dem Ausstellungsgut abwandern, wenn diese nicht in Pratteln ausgestellt werden können ? Ich bitte den Gemeinderat, die Frage des Museums erneut aufzugreifen.

**Philipp Schoch:** Es gibt innovativere Lösungen als nur Nein zu sagen. Allfällige Probleme kann man mit einem Mietvertrag lösen. Wenn jemand permanent dort wohnt, erhöht dies auch die Sicherheit. Ich wünsche mir auch mehr Leben im Schloss.

**Erika Schaub:** Eine Vermietung ohne Probleme ist wohl kaum mehr möglich. Die Nutzung für Ausstellungen und Anlässe ist sinnvoller.

**Dieter Stohler:** Ich bin erstaunt darüber wie man mit Sicherheit behaupten kann, dass die Wohnung nicht vermietet werden kann. Der Tatbeweis fehlt und es wäre ein Versuch wert. Jede Einnahme ist sehr willkommen.

**Kurt Lanz:** Bevor man Nein sagt, sollte man prüfen, ob nicht ein geeigneter Mieter gefunden werden kann.

**GR Felix Knöpfel:** Ich habe Urs Hess folgende zwei Antworten gegeben: die Schlosswohnung müsste renoviert werden und der Mietpreis beträgt CHF 6'000.—. Geht es den Votanten um Mehreinnahmen? Müsste man für die Räumlichkeiten im gelben Schulhaus oder im Jugendhaus nicht auch Mietverträge erstellen? Die Kulturkommission hat leider viel zu spät erfahren, dass der Kanton für die Umnutzung CHF 30'000.— bezahlt hätte. Am 18. März 2003 hat der Gemeinderat dem Antrag der Kulturkommission zugestimmt. Wir werden mit einem zweiten Antrag betreffend Umnutzung an den Einwohnerrat gelangen. Wenn Sie das Image von Pratteln verbessern wollen, dann müssen Sie der Umnutzung zustimmen.

---

## **Geschäft Nr. 2285**

## **Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Abfallreglement“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 27. Oktober 2003

**GR Felix Knöpfel:** Die Verordnung wurde im Dezember 2003 erarbeitet und wird am nächsten Dienstag im Gemeinderat beraten und in Kraft gesetzt.

---

## **Geschäft Nr. 2295**

## **Interpellation von Ruedi Brassel betr. „Nachtruhestörung im Schichtbetrieb“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation vom 24. November 2003

**GR Felix Knöpfel:** Zur Frage 1: Gemäss Rückfrage beim KIGA ist der Nachtzeitraum von 22.00 bis 05.00 Uhr festgelegt. Die Firma Galvaswiss benötigte ausschliesslich von 22.00 bis 23.00 Uhr eine Nachtarbeitbewilligung. In diesem Fall war nur der Nachweis des dringenden Bedürfnisses seitens der Firma erforderlich, gemäss Artikel 27 des Arbeitsgesetzes, welcher relativ einfach zu erbringen ist. Die Gemeinde erhält jeweils ein Kopie der Bewilligung zur Kenntnismahme, hat jedoch keine Einflussnahme und wird auch nicht vorgängig kontaktiert. Zur Frage 2: Der Gemeinderat hat eine Kopie des Briefwechsels zwischen Anwohnerschaft und dem Kantonalen Amt für Raumplanung erhalten. Eine Anwohnerin hat mit der Abteilung Bau Kontakt aufgenommen. In der Folge organisierte der zuständige Departementchef eine Verständi-

gungssitzung am 7. Januar 2004. Mit dabei waren eine Vertreterin der Anwohnerschaft, Vertreter der Firma Galvaswiss, des Kantons und der Gemeinde. Nach einem konstruktiven Gespräch sicherte die Firma Galvaswiss zu, eine Schulung der Mitarbeiter und organisatorische Massnahmen zur Lärmverminderung zu prüfen und wenn immer möglich umzusetzen. Zur Frage 3: In einem Entscheid der Baurekurskommission vom 24. August 1992 zu einem ähnlichen Fall wird festgehalten, dass die betroffenen Parzellen nicht als Wohnzonen (gemäss Bestimmung 4.11 des kommunalen Zonenreglements) gelten können und deshalb rechtlich keine Grundlagen für einen besonderen Schallschutz bestehen. Zur Frage 4: Ja, wenn die Immissionsgrenzwerte gemäss Lärmschutzverordnung vom 15.12.1986 wesentlich überschritten werden. Wenn Grund zu dieser Annahme besteht, muss die Vollzugsbehörde die Immissionen ermitteln und allenfalls notwendige Sanierungen anordnen. Zur Frage 5: Ja. Bereits an der besagten Sitzung hat der Gemeinderat vermittelt. In einer nächsten Sitzung sollen die Erfolge der eingeleiteten Massnahmen beurteilt werden. Zur Frage 6: Paragraph 23, Abs. 5 des RBG bezieht sich lediglich auf die Beurteilung und Bewilligung von Neubauten. Bestehende Wohnhäuser in einer Gewerbe- oder Industriezone weisen eine Bestandesgarantie gemäss Paragraph 109 des RBG auf. Zur Frage 7: In diesem Gebiet befinden sich seit mehreren Jahrzehnten Wohnhäuser, welche mit der späteren Ausscheidung einer Industriezone zonenfremd wurden. Die damit raumplanerisch angestrebte Umnutzung von Wohnen in nur Industrie hat aber in der Folge nicht stattgefunden. Diese Entwicklung gilt es in Zusammenhang mit der Nutzungsplanung Pratteln Mitte neu zu beurteilen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

**Ruedi Brassel:** Eine schriftliche Antwort wäre wohl sinnvoller gewesen. Nach Auskunft des Kantons müssen 70 Dezibel am Tag und 60 Dezibel in der Nacht als Grenzwert eingehalten werden. Das heisst, dass Messungen vorgenommen werden müssen. Was sind die Resultate und hat der Gemeinderat Kenntnis davon? Zu den Fragen 6 und 7: Es wäre interessant zu erfahren, was für Vorstellungen der Gemeinderat in dieser Planungskonzeption hat.

**Urs Hess:** Am Anfang der Sitzung wollen wir Arbeitsplätze erhalten und jetzt wollen wir einen Betrieb „in den Boden drücken“. Das ist widersprüchlich.

**Rudolf Meury:** Ich stelle fest, dass man oft einen Wohnort auswählt, ohne das Umfeld zu prüfen.

**Priska Forter:** Die Aufforderung zur Einhaltung von Grenzwerten ist noch keine Aufforderung zur Schliessung. Wenn ja, dann muss darüber diskutiert werden.

**Ruedi Brassel:** Diese Friktionen bestehen im Gebiet Bombardier nicht. Wenn es Friktionen gibt, dann ist es legitim, etwas dagegen zu unternehmen. Wenn Nachtarbeit über längere Zeit andauert dann ist es unerlässlich, dass bauliche Massnahmen ergriffen werden. Die Leute wohnen seit Jahrzehnten dort.

---

**Geschäft Nr. 2268**

**Postulat von Olga Aeberhard betr.  
„Wiedereinführung der Steueran-  
anlage durch die Gemeinde Pratteln“**

Aktenhinweis:

- Postulat vom 25. August 2003

**GR Max Hippenmeyer:** Eine Rückführung der Steuerveranlagung bedeutet die Schaffung von 500 Stellenprozent, die Bereitstellung von Büroraum und entsprechender EDV-Ausrüstung und wir brauchen einen weiteren gesicherten Archivraum. Zusätzlich fallen Overhead-Kosten an. Über den Daumen gepeilt ergibt das Mehrkosten von rund CHF 750'000.— bis 800'000.—. Hingegen fällt die Vergütung an den Kanton von rund CHF 240'000.— weg und den gleichen Betrag würden wir vom Kanton erhalten. Das ergäbe jährliche Kosten von rund CHF 300'000.—. Aufgrund der gegenwärtigen Finanzlage ist das unerschwinglich. Ich bin aber gerne bereit, diese Frage wieder zu prüfen, wenn die Finanzlage besser ist.

://: Olga Aeberhard zieht das Postulat zurück.

---

**Geschäft Nr. 2274**

**Interpellation von Dora Ris betreffend „Absteckung für Leitungsführung“**

Aktenhinweis:

- Interpellation vom 8. September 2003.

**GP Willy Schneider:** Der Auftraggeber ist nicht die Gemeinde Pratteln und wir wissen auch nicht wie hoch die Kosten sind. Das ganze wurde von der Vollzugskommission Landumlegung Blözen veranlasst. Die Aktivitäten betreffend einer möglichen Leitungsumlegung werden von der Firma Atel in Olten unternommen. Im Konzept Blözen wurde die maximal mögliche Leitungsverlegung gesucht.

---

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr

Pratteln, 20. April 2004

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident      Der Sekretär

Aldo Pavan

Bruno Helfenberger